

11. XI. 1917

Die Verweigerung der Pässe für Bern.

Von Hofrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Lammasch, Mitglied des Herrenhauses und des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag.

Salzburg, 9. November.

Einer Einladung folgend, die von einem niederländischen Komitee in Verbindung mit Staatsmännern der Schweiz und der skandinavischen Staaten ausgegangen war, hatten sich im April 1915 einige repräsentative Persönlichkeiten aus Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Großbritannien, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika mit Vertretern der einladenden neutralen Staaten zu einer gemeinsamen Beratung im Haag vereinigt, um die Mittel zu besprechen, durch welche der Wiederkehr einer Katastrophe vorgebeugt werden könnte, vor der die Welt schon damals zu stehen schien.

Die Verhandlungen fanden in vollkommen sachlicher, ruhiger Wechselrede zwischen den Angehörigen der im Kriege gegeneinander stehenden Staaten statt und endigten mit der Aufstellung eines Programms, dessen Hauptpunkte die folgenden waren: Keine Annexion oder Gebietsübertragung entgegen den Interessen und Wünschen der Bevölkerung, Sicherung bürgerlicher Gleichheit, religiöser Freiheit und der Sprachenrechte der in den einzelnen Staaten miteinander verbundenen Nationalitäten (wodurch also implizite die Auflösung der Nationalitätenstaaten abgelehnt war), offene Tür für alle in den Kolonien, Fortbildung der Friedensinstitutionen der Haager Konferenzen im Sinne einer Verpflichtung der Staaten zu friedlicher Austragung ihrer Konflikte, Rüstungseinschränkung, Abschaffung des Seebeuterechtes und Sicherung der Freiheit der Meere, parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, Unverbindlichkeit geheimer Verträge. Dieses Programm war Gegenstand eingehender, zum Teil sehr gründlicher Unterzuchung durch eine große Anzahl von mehr oder minder dazu berufenen Personen aus den kriegsführenden und aus neutralen Staaten. Die von den Gutachtern erstatteten Referate sind in drei stattlichen Bänden veröffentlicht worden und enthalten zum Teil höchst wertvolles Material zum Studium der betreffenden Fragen. Zu deren mündlichen Erörterung sollte nun in Bern eine Konferenz am 15. Oktober d. J. zusammentreten. Während Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich anstandslos ihren zu dieser Konferenz geladenen Angehörigen die zur Reise erforderlichen Pässe und Erleichterungen der Fahrt, sogar einigen im Herresdienste stehenden Persönlichkeiten den dazu nötigen Urlaub gewährten, haben die Staaten der Entente ihren Angehörigen die entsprechenden Bewilligungen verweigert. Aus diesem Grunde wurde, um vielleicht durch Verhandlungen doch ein Zugeständnis zu erlangen, die Konferenz zunächst auf den 12., dann auf den 19. November verschoben.

Nach einem eben aus dem Haag eingetroffenen Telegramm sind diese Verhandlungen bisher resultatlos geblieben, wie ja schon nach den vor einigen Tagen bei uns bekanntgewordenen Erklärungen der italienischen und der französischen Regierung in ihren Parlamenten vorher-

zusehen war. Nach diesem Telegramm hat auch England sich dieser Weigerung angeschlossen. Was kann der Grund sein, daß man nun nach mehr als dreijähriger Dauer des Krieges das als gefährlich ansieht, was man gegen Ende des ersten Kriegsjahres als unbedenklich zuließ? Welche Gefahr bedeutet jetzt die Teilnahme des Herrn Louves Dickson oder des Belgiers Dilet für die Entente, die 1915 noch nicht bestand? Diese Gefahr kann nur darin liegen, daß jetzt der Friedenswille ihrer Völker ein weit intensiverer ist als er damals war, daß die Staaten der Entente von ihren Angehörigen daher ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den „Feinden“ besorgen als damals, und daß sie insbesondere befürchten, diese Teilnehmer möchten bei der Rückkehr in die Heimat ihren Landsleuten erzählen, daß die „Barbaren“ nicht nach Weltherrschaft und Unterdrückung aller übrigen Nationen streben, sondern nur nach einem Maße von Bewegungsfreiheit in der Welt, wie sie selbst es seit langem genießen, und daß sie auch keineswegs jener allgemeinen Menschenrechte entbehren, die ihnen erst zu verschaffen als Kriegsziel der Entente in die Welt hinausgerufen wird.

Es kann aber sehr wohl eintreten, daß diese Politik der Entente, wie das so häufig bei freiheitsbeschränkenden Maßregeln der Fall ist, das Gegenteil von dem erreicht, was sie anstrebt. Wird nicht die standhafte Weigerung, auch nur theoretische Besprechungen mit den Gegnern zuzulassen, während diese zu ihnen bereit sind, und zwar über Ziele, die die Entente zum großen Teile auch als die ihrigen bezeichnet, den Völkern, zunächst den neutralen, dann aber auch jenen, die uns feindlich gegenüberstehen, die Augen darüber öffnen, wo jetzt das größere Maß von bürgerlicher Freiheit vorhanden ist, bei den „Untertanen“ der „autokratischen“ Zentralmächte oder bei den „Bürgern“ der „freien Demokratien“? Wird durch eine solche Weigerung nicht an einem besonders einleuchtenden Beispiele gezeigt, welcher Wandel in den Regierungsprinzipien durch den Weltkrieg bisher bewirkt wurde, bei den Zentralmächten eine allmähliche Beschränkung der Autokratie zum Vorteile der Volksrechte, bei den Westmächten eine an Absolutismus grenzende Stärkung der Regierungsgewalt unter Einschränkung der Rechte der Völker, wie man sie dort vor vier Jahren noch für unmöglich gehalten hätte?